

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich (außer an Feiertagen) am Donnerstag. — Verkaufspreis: 15 Pfennig (ab 20 Stück 12 Pfennig). — Abonnementpreise: Ein halbes Jahr 7,50 Mark, ein Jahr 14,00 Mark. — Zusendung gratis in die Provinzen. — Druck: Carl Neuberger, Halle (Saale), Leipzigerstr. 21.

Verlag: Hermann Brockhaus'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig, Leipzigerstr. 21. — Druck: Carl Neuberger, Halle (Saale), Leipzigerstr. 21. — Preis: 15 Pfennig.

Nummer 27

Halle (S.), Sonnabend, 12. September 1925

1. Jahrgang

Dicht vor Gens!

Der Wahrheitsbeweis des Abg. Leopold.

Die ewig Gefährten.

Hindenburg hat die „nationalen“ Kreise schwer enttäuscht; sie hatten sich und den Wählern den „Retter“ erheblich anders vorgestellt. Die Absage bei Ludendorff hat die völkischen Helden sogar veranlaßt, sich recht befeuertlich an den von ihnen gewählten Reichspräsidenten zu wenden.

In der Tat hat Hindenburg sich bisher bemüht, eine durchaus forrekte Haltung einzunehmen. Jetzt aber hat er zum ersten Male seit seinem Regierungsantritt nicht als Präsident der deutschen Republik, sondern als Generalstabschef behandelt bei der im Augenblick unerklärlichen Aufhebung des Verbotes zum Tragen von Militäruniformen. Sicherlich hätte er diesen Erlaß nicht unterzeichnet, wenn er beim Reichswehrminister auf Widerstand gestoßen wäre. Daß der Demokrat Gehler sich zur Gegenzeichnung bereitfinden ließ und vielleicht sogar der Spiritus rector der Angelegenheit war, muß tiefes Erstaunen und lebhaften Widerspruch hervorrufen. Wir wenden uns unwillig nicht etwa gegen die alte Armee und die tapferen Träger ihrer Uniformen, wenn wir die Frage stellen: War diese Entscheidung wirklich so dringlich, daß sie während des Erholungsurlaubes des Reichspräsidenten von Oberbayern aus erfolgen und daß damit dem Reichswehrminister vorgerechnet werden mußte? Für die Erstellung der Erlaubnis zum Tragen der alten Militäruniformen vertritt sich nicht ein neues fröhliches Gewand anzulegen. In Paris hat inzwischen der 24. Weltfriedenskongress getagt und ist trotz eines anfänglichen, aber schnellsten und gründlich befeitigten Mißverständnisses und trotz erregter Ausproklamationen zu wertvollen Ergebnissen gelangt. Gleichzeitig scheint die Juristenfrage in London Bionarbeit geleistet zu haben für die Tagung des Völkerbundes. Wichtiger als die bedeutungslosste Rede Painlevé ist die fortgesetzte verblümte Aufforderung der Genfer Versammlung an Deutschland, dem Völkerbunde beizutreten. Zunächst scheint eine neue Konferenz in der Nähe von Gens stattfinden zu sollen, an der auch der deutsche Außenminister teilnehmen wird.

Die Deutschnationalen wünschen nun, daß Dr. Stresemann in „nationaler“ Begleitung reisen möge. Sie schämen in ihrer Presse selbstverständlich dauernd starke Töne an, die die Wähler darüber täuschen sollen, daß ihre Mittel längst dem Sicherheitspakt zugestimmt haben. Den Deutschnationalen ist es tief überdrüssig, daß nun auch die Deutschnationalen und Hindenburg in die Erfüllungspolitik verstrickt sind. Sie dürften es erleben, daß die Partei den Canossaweg bis zu Ende gehen wird. Auf einen (freilich hundertfachen) Wortbruch mehr kommt es den Herrschenden nicht an; man ist da großzügig. Das Regieren schmeckt gar zu gut! Aber es besteht die Gefahr, daß schließlich selbst der dümmste Wähler stußig wird. Daher lehnen sich die Deutschnationalen jetzt herzlich wenig nach Landtagsauflösung und Neuwahlen.

In dieser Bedrängnis ist ihnen nun das Glück zuteil geworden, ein potentiell großes Volk nationales Ganges vor dem Trümmerfeld ihrer zerbrochenen Wählerversprechen erziehen zu können. Sie haben bei ihren langwierigen Wählern für alle Stunden stets Vergebung gefunden, wenn sie den Friedericus durch die Straßen führten. Willst du werden sämtliche Wortbrüche (einseitliche Aufwertung) verzeihen, da man einen Erfolg zu verzeichnen hat, der national (schiller) und rückwärts weist: die alten Militäruniformen!

Wo bleibt der Wahrheitsbeweis des Abg. Leopold?

Der deutschnationale Abg. Leopold hatte gemeinsam mit dem Schriftleiter der „Berliner Märkischen Zeitung“, Beckmeier, anlässlich der bei den Staatsanwaltschaften erfolgten Aufnahm- und Caspary erfolgten Ausladung schwerer Anschuldigungen gegen den Regierungsdirektor Dr. Weich erhoben. U. a. wurden Dr. Weich Mißbrauch der Amtsgewalt und unbefugte Zwangsbeschlüsse vorgeworfen und darauf hingewiesen, daß diese Verletzungen nach dem Strafgesetzbuch mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bedroht seien. Dabei machte sich der Abg. Leopold insbesondere, einen lächerlichen Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen erbringen zu können.

Die Entpolitisierung des Schullebens in Preußen.

Ein neuer Erlaß des Unterrichtsministers.

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat unter dem 29. August dieses Jahres an die Provinzialfachschulcollegien und Regierungen einen Erlaß gerichtet, der, dem Amtlichen Preussischen Preßedienst zufolge, nachstehenden Wortlaut hat:

Die parteipolitische Betätigung der Schüler hat vielfach Formen angenommen, die die staatsbürgerliche Erziehung der Schule gefährden, den Schulfrieden stören, und bedauerliche Erscheinungen im Schulleben herbeiführen, wie Angebereien, Verächtlichkeiten, Terror der Mehrheit, Fälschung von Gelatinungslosigkeit bei der Minderheit und vor allem Ableitung von der gründlichen wissenschaftlichen Arbeit. Darüber hinaus hat die Schulfachschulcollegien vielfach aus politischen Anlässen in der Öffentlichkeit eine Haltung gezeigt, die mit den Erziehungsaufgaben der Schule nicht vereinbar war und sogar zu besonderen Maßnahmen der Polizei geführt hat.

Die Schule allein kann diese von den Freunden der Jugend in allen Parteien beklagten Mißstände nicht ausbügeln, wenn sie nicht die Unterweisung des Elternhauses, der Jugendorganisationen und der politischen Parteien findet. Es wird daher eine wichtige Aufgabe der Schule sein, durch verständnisvolle Belehrung aller Beteiligten auf die Entpolitisierung des Schullebens hinzuwirken. Es wird hierbei immer wieder auf die Ausführungen des Erlasses vom 23. Dezember 1922 hinzuwirken sein, daß es bedauerlich ist, wenn die Jugend zu früh in das parteipolitische Treiben hineingezogen wird und in einer bestimmten Richtung schon in einem Alter festgelegt wird, in dem der junge Mensch nur dahin streben sollte, alle Strömungen und Erscheinungen unseres politischen Lebens kennen zu lernen, um dann später selbst wählen und mit klarem Bewußtsein Stellung nehmen zu können.

Je mehr die Schule es versteht, wertvolle und jugendtümliche Lebensformen des Schullebens selbst zu schaffen, es mit echtem Gemeinschaftsgeist zu durchdringen und die staatsbürgerliche Erziehung im Sinne der Richtlinien für die Lehrpläne der höheren Schulen Preußens, der Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die oberen Jahrgänge der Volksschule auszuüben, umso eher kann erwartet werden, daß die Schule von innen her die beklagten Lebensformen überwindet. Voraussetzung aber für diese Erziehungsarbeit der Schule ist die

rechte Haltung der Lehrerschaft

in diesen Fragen, für die der Erlaß vom 30. Dezember 1921 die entsprechenden Richtlinien gibt.

In dem Erlaß vom 23. Dezember 1922 ist mit allem Nachdruck gesagt, daß die Schule es nicht zuzulassen könne, daß die Schüler Vereinigungen angehöre, die sich etwa gegen den Staat oder gegen die geltende Staatsform richten. Es ist dabei ausdrücklich auf den Erlaß vom 4. August 1922 verwiesen und festgelegt, daß die hier aufgestellten Grundzüge bestehen bleiben. Dieser Erlaß ist erneut in allen Lehrertagungen zum Vortrag zu bringen, und es ist von diesen zu prüfen, ob etwa im Sinne dieses Erlasses besondere Maßnahmen zu treffen sind.

Es lasse hierbei keinen Zweifel darüber, daß die Herabsetzung der verfassungsmäßig festgelegten Reichsfarben als eine Herabsetzung der geltenden Staatsform anzusehen ist. Jede Mißachtung der Reichsfarben seitens der Schulfachschulcollegien ist daher als schwere Verletzung anzusehen, und jedes derartige Vergehen, insbesondere die Behelligung und Mißhandlung anderer Schüler wegen ihrer Gesinnung ist streng zu bestrafen, gegebenenfalls durch Verweisung von der Anstalt.

Um das Schulleben selbst zu entpolitisieren, unterlege ich mit sofortiger Wirkung den Schülern und Schülerinnen das Tragen von Abzeichen, Bändern und anderen Symbolen jeder Art in der Schule selbst und bei Veranstaltungen der einzelnen Schulen oder mehrerer Anstalten, z. B. auf Wandertagen, bei Turnipieln usw.; auch das bloße Mitbringen dieser Abzeichen wird verboten.

Schüler und Schülerinnen, die einer bei der Schule bestehenden, von ihr genehmigten und beaufsichtigten Vereinigung angehören, dürfen ihre Vereinsabzeichen bei Veranstaltungen dieser Vereine tragen. Falls Abzeichen von Schülervereinigungen genehmigt sind, die nach Farben und Zeichenmäßig Anlaß zu Mißdeutungen geben könnten, ist, falls nicht ein anderes Zeichen gewählt wird, von dem Anstaltsleiter an das Provinzialfachschulcollegium bzw. durch den Schultat an die Regierung zu berichten.

Bezüglich der Zugehörigkeit der Schüler und Schülerinnen zu Vereinen außerhalb der Schule bleibt es bei den Bestimmungen des Erlasses vom 23. Dezember 1922, der genügend Handhaben bietet, gegen Vereine einzufahren, wenn durch sie Unzulässiges in die Schule hineingetragen wird.

Die Regelung des internationalen Luftverkehrs

Ist Gegenstand von Verhandlungen, die zurzeit in Dresden stattfinden, und an der in erster Reihe Vertreter der „Europa-Luft“, d. h. der 16 europäischen in einem Verbände zusammengeschlossenen Luftfahrtgesellschaften, teilnehmen, der selbst auch noch andere Veranschaulichten von mehr politischem Charakter beizutreten. Wenngleich die Verhandlungen wesentlich technischer Natur sind, so darf man doch hoffen, daß diese Konferenz allgemein dazu dienen muß, die Atmosphäre des Mißtrauens, die noch immer im Lager der Alliierten gegenüber den Bestrebungen Deutschlands auf Beseitigung der seine Luftschiffahrt hindernden Bestimmungen herrscht, endlich zu entfernen. Es gibt kein besseres Mittel zur Aufhebung von Mißverständnissen, zwischen den Völkern als Freiheit des Verkehrs, die die Angehörigen der verschiedenen Nationen zusammenführt und miteinander bekannt macht. In einer Bepreisung, die Italien und Sardinien am Sonnabend mit dem Leiter der Junkerswerke in Dessau, Prof. Junkers, gehabt haben, hat Italien ausdrücklich versichert, daß in Frankreich die Stimmung neuerdings umgeschlagen und einem Zusammenwirken mit Deutschland sehr günstig gestimmt sei. Es wäre erkrankt, wenn sich das bestätigen sollte, und wenn die Entente jetzt Schlüss machen wollte mit den schätzbarsten Beibringungen, denen sie den Bau und den Verkehr deutscher Luftfahrzeuge, niemandem zum Nutzen, unterworfen hat.

Zusammenbruch einer Landbündgenossenschaft.

Eine Verammlung der Niederlausitzer Landbündgenossenschaft, an der etwa 3000 Bauern teilnahmen, mußte wegen der ungeheuren Erregung der Kleinbauern vorzeitig geschlossen werden. Die Genossenschaft ist finanziell völlig zusammengebrochen. Die Verluste übersteigen um ein Vielfaches ein Viertel der Gesamtjahrsumme. Vorläufig soll es sich um 840 000 Mark handeln, ein Betrag, der sich wahrscheinlich noch stark erhöhen wird. Trotz dieser katastrophalen Geschäftslage aber hat die Leitung der Genossenschaft es bisher verstanden, den geschicklich vorgeschriebenen Weg zu gehen und Konturs anzuordnen. Aus den Kreisen der Kleinbauernschaft wurden deshalb scharfe Angriffe gegen den Vorstand und besonders gegen Herrn von Nagler gerichtet, der vergeblich verfuhr, seine geschäftlichen Transaktionen so rechtigsten und den Entlassung durch einen Appell an gemeinsame politische Gesinnung und das gemeinsame Eintreten für „Schwarz-Weißrot“ zu beschönigen.

Die Sachlage ist zur Zeit die, daß der Vorstand eine „Sanierungsaktion“ plant, welche darin bestehen soll, erhöhte Geschäftsanteile einzugieken mit dem öffentlichen Zweck, den Verlust zu decken und dann zu liquidieren. Das ist geschicklich unzulässig, vielmehr muß in bezuglichen Fällen die Kursanhebung ungeachtet erfolgen. Die Forderungen der Kleinbauern gehen dahin, daß zunächst die Frage der persönlichen **Saltbarkeit** der Verwaltungsgänge eingehend geprüft und verbündet werden müsse, daß diese Hauptfrage durch eine sogenannte „Stille Liquidation“ etwa übergegangen wird. Deshalb also zunächst der Kampf in den eigenen Reihen.

Darüber hinaus hat aber auch die Öffentlichkeit ein starkes Interesse an den Vorfällen, weil dieser Genossenschaft ebenso wie den anderen landwirtschaftlichen Genossenschaften **Kredite aus öffentlichen Mitteln** zur Verfügung des Personalbedürfnisses der Landwirte zugeflossen sind. So erhielt beispielsweise die Niederlausitzer Genossenschaft aus Mitteln der Reichsregierung diesen ersten Kredit in Höhe von etwa 750 000 Mk. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, die Frage des **Sicherheits** der an die Landbündgenossenschaften gewährten Kredite zu prüfen. Eine sehr genaue Prüfung erfordert auch die Frage der **vielfachen Kreditinanspruchnahme** überhaupt.

Erittretet sei bei dieser Gelegenheit daran, daß nach bisher unüberprüften gebliebenen Pressemeldungen aus **Landbündgenossenschaft 150 000 Mk.** für eine **Verstärkung der württembergischen Militation** geflossen sind. Erittretet sei auch weiter daran, daß beispielsweise der **Landbund der Provinz Sachsen für politische Zwecke** sehr viel Geld zur Verfügung haben muß, da er bereits jetzt in **regelmäßigen** Interimswahlkreisen für die **Provinzialparlamente** und **Kreisparlamente** Nationaler Ordnungslagen zu sammeln vermag. Man merkt die **Abfahrt** sich häufig auch im Kreislag und Provinziallandtag die politische Macht zu verhandeln. Und dann kann es kosten, was es will. Geld spielt mit einmalem eine Rolle, während man sonst bei jeder Gelegenheit **hört und sagt: Geben die Bauern das viele Geld her, oder wer gibt es sonst?** An der Klärung dieser

Frage hat die Öffentlichkeit ebenfalls ein starkes Interesse. Denn, wenn der Landbund für politische Maßgebungen jodelt Geld zur Verfügung hat, müssen die wirtschaftlichen Einnahmen doch geradezu glänzend sein. H.

Ans der Frauenbewegung

„Republikanisierung der Frauen.“

Dieses Thema erörtert Gertrud Israel in der „Stille“. In politisch links lebenden Kreisen hat sich in letzter Zeit eine gewisse Vorliebe für die Frauenbewegung bemerkt. Sie kommt aus der Vorstellung, daß die Frauen die Hauptstütze an der Rechtsentwicklung trügen. Für diese Annahme ist nicht der geringste Anhaltspunkt vorhanden. Die wenigen nach Geschlechtern getrennten Zählungen beweisen eher das Gegenteil. Aus dieser unabweisbaren Annahme wird ferner den Frauen der **Vorwurf der „Landschaft“** gegen die Parteien gemacht, denen sie das Wahlrecht verdanken. Dieser Vorwurf ist unlogisch. Wenn man einerseits den Frauen zu starke Abhängigkeit von ihrem „Geist“ zum Vorwurf macht, darf man nicht im gleichen Atemzuge wünschen, daß sie ihre politischen Willensentscheidungen von „Dankbarkeit“ leiten lassen. Ihre Wahlbereitschaft haben sie zur Genüge — zuletzt in der Reichswahl im Zeitraum von sechs Monaten — bewiesen. Wenn heute noch ein erheblicher Teil von ihnen für „rechts“ stimmt, so ist vor allem zu berücksichtigen, daß eine beträchtliche Anzahl von Männern ebenso „unrichtig“ wählt, also auch noch nicht von der demokratisch-republikanischen Idee überzeugt ist. Bei den Frauen, als Neulingen in der Politik, ist aber noch weiter zu fragen: Was ist gegeben, um sie politisch zu schulen — was, um sie mit der Republik vertrauchen zu lassen? Jeder Einseitige wird zugeben, daß die Anlage sowohl in schulmäßiger staatsbürgerlicher Bildung — in der heutigen Lage nur zur demokratisch-republikanischen Idee tendieren könnte — wie in praktisch-politischer Schulung noch recht gering sind. Schwerer aber noch wiegt die Frage, ob die überzeugten männlichen Anhänger der demokratischen Parteien, die für das Frauenwahlrecht gestimmt haben, auch innerlich wirklich von ihrem Recht auf das Staatsbürgeramt überzeugt sind. Sind die Konsequenzen der Verfassungsbestimmungen gezogen worden? Man sagt zwar immer „die Frau“ — trägt aber „der Frau“ nicht Rechnung. Mit den Frauen ist eine ganz neue, anders geartete Gruppe von Menschen in die Politik einbezogen. Der letzte und höchste Sinn des Staatsbürgerrechts der Frau kann nur sein, die Welt des Mannes zur Welt des Menschen im Einklang zu bringen. Darum muß ihre Art, die herkömmlich im Einklang mit dem politischen Leben Gestaltung und Anerkennung finden. Die Frauen werden diese naturgemäß in erster Linie von den demokratischen Parteien erlangen, deren Programm auf der inneren Freiheit und der Heranziehung und Wertung aller Kräfte des Volkes beruht. Eine solche innere Einstellung bleiben alle einzelnen Maßnahmen wirkungslos. Mit ihr muß es gelingen, die Frauen für die Demokratie zu gewinnen, die mit ihrer Mischung von innerer Freiheit, Evolution und dem Streben nach Erziehung und Fortschritt dem Wesen der Frau — das durch ihre mütterliche Veranlagung bestimmt ist — entspricht.

Ans Parlamenten und Parteien

Der Parteiaussschuß der Deutschen Demokratischen Partei

ist auf Sonntag, den 20. September nach Berlin einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen u. a. ein politisches Referat des Vorsitzenden des Parteiaussschusses und der Reichsstaatsrat, Reichsminister, a. D. Koch, ein Vortrag von Dr. Höfer (Köln) über unsere Haltung zu den Parteigegnern und ein Bericht über das Folgejahr, den Abg. Dr. Meyer (Berlin) erstatten wird.

Gegen das Hineintragen der Parteipolitik in die Schule

wendet sich der demokratische preussische Landtagsabg. Dr. Bohner mit folgender Kleinen Anfrage: „Der Pressebericht verheißt, daß höhere Schulen berichten von Teilnahme von Schülern an parteipolitisch bei den Wahlen hervorgetretenen Vereinen einseitiger Richtung, z. B. Jungdeutscher Orden, Wehrwolf, oder an Veranstaltungen mit einseitig parteipolitischem Charakter, „Deutschen Tagen“ usw. Es sei besonders auf den Jahresbericht der Oberrealschule und Reformgymnasium i. E. Weisenfels (Saale) hingewiesen. Wie ist nicht anzunehmen, daß die betreffenden Schüler alle schon das wahlmündige Alter erreicht hätten. Welche Schritte wird das Ministerium tun, um die Durchführung seiner Erlasse, die nur wahlmündigen Schülern die Teilnahme an parteipolitischen Veranstaltungen gestatten, zu sichern?“ — Nach den Erklärungen, die der preussische Kultusminister Dr. Becker noch soeben im Hausatsausschuß des Landtages abgegeben hat, ist zu erwarten, daß es nur dieses Hinweises der Kleinen Anfrage bedarf, um eine Remedur zu schaffen. (Siehe auch den Erlaß des Unterrichtsministers an anderer Stelle des Blattes. Schriftl.)

Dr. Hellpach über das Wesen der Demokratie

Auf der demokratischen Sommertagung der württembergischen D. D. K. die am letzten Sonntag unter außerordentlich starker Beteiligung in Bietigheim stattfand, und in deren geschlossener Sitzung Minister a. D. Dr. Schall das Hauptreferat über landespolitische Steuer- und Finanzfragen hielt, sprach in öffentlicher Verammlung Staatspräsident Dr. Hellpach Karlsruhe über das Wesen der Demokratie und führte dabei u. a. aus: „Die Demokratie ist Selbstbestimmung, weil sie Selbstbestimmung ist, und weil die ungeschulte Verantwortung, die auf jedem Einzelnen ruht, nur zum Teil des Volkes ausgeübt werden kann, wenn jeder für diese Selbstbestimmung als Vorbereit immer wieder tiefe, nachdenkliche Selbstbestimmung leitet.“ Dr. Hellpach machte dann darauf aufmerksam, daß heute alle germanischen Völker und Staaten der Erde Demokratie sind. Diese Tatsache muß um so nachdrücklicher unterstrichen werden, als die Völkischen behaupten, daß die Demokratie eine unechte, eine fremdländische Erfindung sei. Die Frage erhebt sich, ob in dem germanischen Weien etwas liegt, das von Hause aus zur Demokratie hindrängt. In der Tat geht ein ursprünglicher Zug zur Selbstbestimmung

Femiletten

Am Lagerfeuer der Friedenswanderer.

Von Stephan Walol.

Sieben fand in Paris der 24. Weltfriedenssonntag statt, und noch tagt in Geist der Weltfriede. Die nachfolgenden Anträge dürften daher für diesen Zeitpunkt am Platze sein; sie wurden uns freundlicherweise von der Weltjugendtagung zur Verfügung gestellt.

Schlichtung.

Ueber das Internationale Jugend-Friedenslager in Chouevres bei Paris, an dem auch etwa 40 junge Deutsche teilnehmen, bringt die französische Tageszeitung „Le Courrier“ die folgende Skizze:

Denkt euch eine weite Weide, die sich in sanfter Neigung nach dem amnütigen Lauf der Weite hinabzieht. Gegenüber die feingehügelnungen Hügel, die von dem etwas scharf wirkenden Schloß Chouevres getrennt sind. Hier hat der „Trot d'Union“ die Zelte seines internationalen Jugendlagers errichtet: einige hohe große Leinwandhäuser in schöner Ordnung aneinandergereiht und eine Gruppe ganz zerstreuter, winziger Einzelzelle.

Seit drei Wochen leben hier etwa 200 Personen: Franzosen, Deutsche, Engländer, Holländer, Belgier, Amerikaner, sogar Serben, Russen, ein Chinese, ein Indier. Es ist ein brüderliches fröhliches Babel. Die jungen Männer und Frauen, die hier weilen, haben alle Sorgen hinter sich gelassen, außer der einen um die Hoffnung, die ihnen allen gemeinsam ist. Sie leben aufs Alleeinsichtige: sie tragen glatte Unterwäsche, die die Arme frei lassen, die bloßen Füße heden in Sandalen, die Haare fallen im Wind; sie ainen die Sonne, die freie Luft und die Freude am Leben wie Kinder.

Die Sonne neigt sich. Auf dem Plak des Leinwandbordes ist ein Kreis in die Erde gegraben. Jeder bringt trodenes Holz herbei, bis eine hohe Pyramide von Zweigen aufragt. Und wenn die Sonne verflunden ist, wenn Dämmerung das Tal erfüllt, springt plötzlich eine Flamme auf, erobert mit einem Schlag die dunkle Masse des hohen Schellerhaufens und wirft ein rotleuchtendes Flammeneisen auf den Nachtsimmel, das in einem Funkenregen wieder niederfällt.

Kings um das Feuer in dem schon dicht gewordenen Schatten sitzen alle Pfleger aus dem Lager des Friedens. Und eine Stimme erhebt sich, eine wunderwolle Frauenstimme von unerwarteter Fülle und Reinheit, die das ganze Tal zu erfüllen scheint. Sie singt die fünfte Stimmte von

Beethovens, und die heilige Musik steigt stark und rein empor wie die Flamme, die nun schon wieder niedergerufen ist.

Als sie schweigt, haben sich die Wanderer alle erhoben. Männer und Frauen haben sich die Hände im Kreis gereicht und singen nun nacheinander, jeder in seiner Muttersprache, Stimmen und einfache Volkslieder, die den Krieg verdammen und die Freude am brüderlichen Leben preisen. Ein herzlicher Beifall mit mächtiger Stimme, zwei kleine rote und zerbrochene Engländerinnen, eine lauffähige Flämkinde, ein dramatischer Serbe, ein nadelhaar müdewoller Indier, ein sehr sanfter Chinese...

Was sind das alles für Leute? Die Gründer des „Trot d'Union“, Mr. Demarquette, ist ein bekannter Schriftsteller. Seine Frau ist eine große Künstlerin, die Wagner an der Oper singt. Ihr hauptfachlicher Mitarbeiter, Dr. Dumesnil, ist ein hervorragender Arzt. Die jungen Menschen, die aus allen Teilen der Welt kommen, sind Studenten, Professore, Ingenieure, Beamte, einfache Arbeiter. Jeder große Däne, so frohlich und so fröhlich, der heute mittag wie ein sonnentrunkenes Vögelin auf der Weide herumspaziert, ist in seinem Junde hochangesehener Universitätsprofessor. Dieser junge Indier, der wie eine Bronzetaube aussteht, ist Vorkaufmann in der Rue Lafayete. Und die kleine Amerikanerin, die heute früh nach dem Bode die Gasmattkuffe leitet, in ihrem schwarzen Trikot so amnützig und reizend wie ein „Soffmann-Girl“, die werde ich in Saint Mary wiedertreffen können, wo sie in eine große Limonade steigen wird, auf deren Dach Nebeneckgepäck aufgeladen ist.

Am Sonntag abend hat sich das Lager geleert. Alle sind obgereit, die einen, die Glücklichsten, mit ihrem kleinen Leinwandplak auf der Schulter, in ein anderes ähnliches Lager nach Tirol, dem Schwarzwald oder anderswohin. Die anderen sind ins Stadtleben zurückgeführt, das anstrengende harte Leben, das fordert, daß man Schuhe an den Füßen hat, das aber den schlaflosen, selbstergründeten Glauben der Menschen guten Willens nicht mehr unterdrücken kann; denn sie haben ja lieben, wie einer mit beim Abstieg sagte, „das Geheiß, was die Menschen, die sich für Flug halten, ein Weltgeheiß und Lustlichkeits nennen: die Brüderlichkeit der Völkler.“

Reden der Führer.

Von Henriette Dumesnil-Hugel.

Aus den Reden einiger französischer Staatsminister, wie auch Addele-Krims, die sie ihrem Artikel vorausschickte, zieht S. Dumesnil-Hugel den Schluß:

Der Krieg an sich ist immer hassenwert, aber dieser, der heutige, ist eine Pflicht, der sich zu entziehen verberderlich wäre, er ist ein Akt der Vereidigung, ein Werk der Zivilisation, ein Kreuzzug der Befreiung. Er will den Frieden und ist heilig wie dieser.

O, wie die „Großen“, seien sie nun Führer von Staaten in Europa oder Führer armer Berber in Afrika, die gleiche Sprache reden! Man könnte sie für Schüler ein und derselben Anstalt halten! Aber das ist wohl eine gemeinsame Erbschaft der Sahnbrüder. Unter allen Himmeln, zu allen Zeiten, für die verschiedensten Zivilisationen, haben Menschen, mochten sie nun Alexander, Cäsar, Napoleon oder Bolivar heißen, die gleiche Pflicht verlohrt: das, was sie die „Größe ihres Vaterlandes“ nannten, und womit der Krieg unermesslich verknüpft war. Und wir selbst sind von Kindheit an, in der Volksschule, der höheren Schule, auf der Universität, mit diesem Opium „Kuhm des Vaterlandes“ beaufschlagt worden, jedoch wir in dem Wehrhandbuch nicht mehr die Kameraden sehen, die daran zugrunde gingen. Alle diese Kolonialerpeditionen sind uns immer als lebenswichtige und glorreiche Taten für das Vaterland erschienen. Unsere Lehrer glaubten das und lehrten uns das, und sie lehren es heute noch, und darum konnte der Krieg von Maroffo mit Begeisterung in der Kammer angenommen werden, ohne eine Empörung des Schmerzes im ganzen Lande zu erregen.

Wie wird es anders werden, solange Männer an der Regierung sind, die mit Stolz den Irrtum vergangener Jahrhunderte übernommen haben. Darum ist es unsere Aufgabe, mit allem Mut an der Erziehung einer Jugend zu arbeiten, die Selbstmut genug besitzt, um mit den alten Traditionen zu brechen, den Weg zu verlassen, der seit Jahrhunderten von Heiligen von Soldaten platgetreten worden ist, und endlich einen neuen Weg durch das Nichts der Vorurteile und des Mißverständnisses zu brechen. Es ist eine ungeheure Aufgabe, sie verlangt Geist und Ausdauer. Ihr werdet beides haben, ihr Jungen! Und wenn ihr die Bahn gebroden habt, durch das Gestrüpp, werden ihr die Pfeilspitze und Dieltanten einen nach dem anderen die Straße der Regionäre verlassen und euch auf dem Weg des Friedens folgen sehen.

lung und die
heit aralen Te
immer von Ch
ist etwas, das
sein als notw
schließen zur
die in den ge
überreichen
braucht Sicher
Sicherung war
den der Welt
für allem Fall
die Rege
demoge
Wahlrecht
wenn sie nicht
die Reiche
einmal lang
für den ger
Nene der ger
Was demnach
der Reiche
schließen hat
kennt, die ab
betriebsfähig
alle gemein
Zustände an
liegen sind
Weltanschau
neter Schulle
bestimmt die
eines Reiche
nun bei dem
weisen Stellu
des am
geborene Aus
schlingendes
fermielidische
Anfrage Re
Reichsamtun
funder und
treffenden R
es wird auch
und Erziehu
des Reiche
nimmt die
Recherge ab
Grundlag der
dagegen, daß
Reichsämter
weisen Schü
jeden, für de
ihren oblie
den sollen m
fordern die
Entwurf der
den Anlieg
schulgeho
des jetzigen
gegeben sein
dagegen hat

Der Fall Wirth

hat auf dem Offenburger Parteitag des badiſchen Zentrums die Beandlung und Erledigung in der Zentrumspartei schon vorher als die wahrſcheinliche Angelegenheit werden konnte; der Parteitag hat den Abg. Dr. Wirth eine Brille geben, die es ihm ermöglicht, wieder in die Reichstagsfraktion zurückzutreten...

Der Aldeutsche Verband

hält es für angebracht, wieder einmal von ſich hören zu laſſen. Er hat ſeinen Geſamtpreſident nach Detmold, „ſammengenzogen, und dort haben der Vorſitzende des Verbandes, Julitzka C l a ſ, und andere aldeutiſche Größen ein Langes und Breites geſprochen, wobei das Wort Waſſe in jedem dritten Satz vorkam...

Gewerbetreibende gegen die Reichsregierung

Eine am 10. September in Halle tagende und von der Ortsgruppe Halle des Reichsverbandes ambulanten Gewerbetreibender Deutiſchlands einberufene Verſammlung beſchäftigte ſich mit den Anträgen, die von der Rechiſtpartei gegen das Fortbeſtehen dieſes Berufsstandes eingebracht worden ſind...

Die Verſammlung proteſtirt mit aller Entſchiedenheit gegen die in den Entwürfen Preßhoff, Scholz und der Vorläufe der Reichsregierung (Antrag Schiele) beabſichtigte Veränderung der AGB...

Der Frageſteller

Die Schraube dreht ſich

Es unterliegt keinem Zweifel mehr: Die drohenden Folgen der von den Rechiſtparteien in ebenſo leiſchertiger wie rüchſtloſer Weiſe durchgeſetzten Steuer- und Zollgeleihe haben auch einem großen Teil ihrer biſherigen Wähler die Augen geöffnet...

Die vom Reichſtage verabschiedeten Geleihe haben viel Entäußerung gebracht und mancherlei Mißſtimmung hervorgerufen. Es wäre inſofern paſſend, wenn man ſie nicht auf eine ſonſt nicht anders zu erhellende Weiſe beſehen ließe...

Na ja! Dieſe „böſſiſchen“ Geleihe ſind inzwiſchen ja durch eine Landtagskommiſſion von 150 000 M. neu aufmontiert worden. Aber, wie das auch früher ſchon ſo war: Wo die Kut zur Tür gemeinſchaft, da unterläßt man das Hurraſingen zum Fenter hinaus!

Aus den Vereinen

Handelsminiſter Dr. Schreiber in Halle.

Am Sonntag abend ſprach hier im überfüllten größten Saale der Stadt, lebhaft begrüßt und ſo unterbrochen durch ſtürmische Zufittungsäußerungen, der hieſige Landtagsabgeordnete und Preuß. Handelsminiſter Dr. Schreiber über die politiſche Lage...

Wir wünſchen dem preußiſchen Volk eine Neuaufnahme des Landtages zu erlangen. Wenn es aber nicht möglich iſt, anders zu klaren Verhältniſſen zu kommen, dann mag das Volk entſcheiden...

Demokratiſche Frauencorps Halle. 18. September, abends 8 Uhr. Bericht Ubr. St. Nikolaus: Anſprache über politiſche Tagesfragen...

Beginn der Winterarbeitswoche. Freitag, den 18. Oktober. Näheres Programm wird noch bekannt gegeben.

Jugendmilitär Halle. Wir treffen uns am Dienſtag, dem 15. September, abends pünktlich 8 Uhr im Reſtaurant „St. Nikolaus“...

Grüß Vier +

Unſere Magdeburger Freunde haben einen ihrer beſten Führer verloren. Am Toðestage Friedrich Naumanns wurde Grüß Vier im Alter von 25 Jahren zu Grabe geleitet...

tung und zur Selbſtbefimmung durch die germaniſche Welt ſich uralten Tagen. Die Neigung zur Autokratie kommt immer noch den Oſten oder Südöſten her...

Aus dem neuen Reichſchulgeſez, das demnächſt veröffentlicht werden ſoll, und mit dem ſich der Reichstag in ſeinem nächſten Seſſionsabſchnitt zu beſchäftigen haben wird, werden jetzt bereits Auszüge bekannt, die auf den Charakter der Vorlage ſehr eigenartig ſich zeigen...

Die Bezüge der Beamten des Saargebietes.

Der demokratiſche preußiſche Landtagsabg. Dr. Bodner hat folgende Kleine Anfrage, die ſich zunächſt auf einen Einzelfall bezieht, aber darüber hinaus grundsätzliche Bedeutung hat, an das Staatsminiſterium gerichtet: „Ein Gymnaſialoberlehrer am Reformrealgymnaſium Dillingen (Saar) wollte in den Ruheſtand treten...

Einen Giſtſpiel wider das Zentrum

nennt die „Germania“ einen Brief des deutſchnationalen Landtagsabgeordneten Bachem an die Leitung ſeiner Partei in Berlin, in dem erucht wird, über die Politik des Zentrums im Rheinland Material zu ſammeln...

ihn gefannt und als einen unermüdbaren Organisator geschätzt haben. Er war einer von denen, die im Stillen wirken und schaffen. Noch als Schwertkranke hat er sich selten Ruhe gegönnt und lebhaft an allen Arbeiten der Gruppe teilgenommen. Auch wir Hallenser wollen ihm ein treues Andenken bewahren.

Bitterfeld. Sonntag, den 13. September, vormittags 10 Uhr, findet im „Adiantum“ ein Kreisparteitag statt. Die Tagesordnung wird sich u. a. mit der Aufstellung der Kandidatenliste für die Wahlen zum Provinzial-Landtag und Kreisrat beschäftigen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsgruppe Halle. Sonnabend, den 12. September: Freiwillige Fahrt nach Merseburg. Abfahrt 6.31 Uhr Hauptbahnhof. Die Bezirke sehen 6.15 Uhr Thielenstraße.

Sonntag, den 13. September: Pflichtfahrt nach Merseburg. Abfahrt 10.44 Uhr vorm. Hauptbahnhof. Die Bezirke sehen 10.15 Thielenstraße. Radfahrer 10.15 Uhr Thielenstraße.

Ortsgruppe Wolsen-Greppin. Am Sonntag, den 13. September, in Wolsen: Republikanischer Nordetag. Sämtliche Ortsgruppen der umliegenden Ortschaften sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen. Wir verweisen auf die Einladungen des Kreisleiters an die Ortsgruppen des Kreises und eruchen die Ortsgruppen, uns mit ihrem Besuch zu beehren.

Deutsche Friedensgesellschaft Halle. „Von kaiserlichen Seeoffizier zum Pazifisten und Republikaner“ ist das Thema eines öffentlichen Vortrages, den am Donnerstag, den 17. September, abends 8 Uhr, im Wintergarten-Saal der bekannte Marineschriftsteller, Kapitän z. S. a. D. Persius halten wird. Der Vortrag wird veranstaltet von der Deutschen Friedensgesellschaft in Gemeinschaft mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Deutschen Liga für Menschenrechte, den Jungdemokraten, dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, den Jungsozialisten, der Republikanischen Freischar, dem Republikanischen Frauenbund und dem Reichsbund der Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen. — Näheres wird im Anzeigenteil bekanntgegeben.

Stimmen aus dem Leserkreise

Wir glauben, für die Zeppelin-Edener-Spende nicht besser werden zu können, als indem wir nachfolgenden uns zugesandten Appell wiedergeben und wärmstens unterstützen:

„Den Aufruf zur Zeppelin-Edener-Spende wird die Leserschaft des Blattes häufig schon in den größeren Tagesblättern gelesen haben. Wäre es aber nicht möglich, die Leser kurz und eindringlich zum Geben aufzufordern? Die ausgesprochen völkisch-deutschnationalen Kreise und ihre Presse scheinen sich sehr zurückhalten in dieser Sache. Während die „Halle'sche Zeitung“ in ihrer Sonntagsausgabe vom 30. 8. mit großen roten Letzern zur Untere-Spende auffordert, aber die Zeppelin-Sache mit Stillschweigen übergeht (anlandschaffter natürlich mußte sie den Aufruf der Deutschen Studentennationale „Eisener Tageblatt“ vom 5. September fertig zu schreiben: Selbst deshalb den aus Wien vertriebenen deutschen Blutstridern, feuert dem Völk und der Armut in breiten Volkschichten setzt sich aber nicht für die sogenannte!! Zeppelin-Spende ein, die von Stellen aufgebracht werden kann, denen es aus ureigenem Interesse an Geldern für die Verwirklichung der Nordpolarforschungsprojekte nicht fehlen wird!“ Wenn man schon der Meinung ist, daß dem allgemeinen Gerede geteuer werden muß (und wer ist nicht der Meinung?), so braucht man doch wirklich noch nicht zur Sabotage des deutschen Zeppelin-Kulturwerkes aufzufordern. Was soll das Lamento über das Optanten-Elend? Warum errichtet denn das „Eisener Tageblatt“, das doch einen wahrhaftig kapitalträchtigen Leserkreis besitzt, keine Sammelstelle und fordert kräftig zum Geben auf für die Optanten? — Schließlich steht es noch garnicht so fest, daß die Spende verwandt werden soll gerade für einen Nordpolzeppelin; es handelt sich vor allen Dingen um eine Unterstützung des ganzen Zeppelin-Werkes. — Aber im Wahlkampf war der Zeppelin-gügnig (man schleppet ja ein Modell schwarz-weiß-rot drapiert durch die Straßen Halles), um Wahlgeschäfte für die deutschnationale Partei zu machen. Also ran, „alter Desauer“, erhebe deine weithin schallende Stimme, setz dich mit gewohnter Energie ein für die Zeppelin-Edener-Spende. Statte damit deinen Dank ab dafür, daß der Zeppelin der „nationalen“ Sache — wie Du sie eben auffaßt! — manches Mäntlein und noch mehr Weiblein zugeführt hat. Wenn es Dir gelingt, zu Deinem Teile eine hübsche Summe zusammenzubringen, dann hast Du Dich mal wirklich für eine wahre Kulturart erfolgreich eingesetzt. Schließlich prangen unter dem Aufruf der Spende nicht nur Namen von Demokraten und Sozialdemokraten, sondern auch solche einwandfreier „nationaler“ Persönlichkeiten. Das ganze Deutschland soll es sein! Ein Leser. Rep.“

Mitteilungen

Die Kammerpiele der Volksbühne in Halle.

Die Volksbühne veranlaßt im kommenden Winter eine Reihe von 5 Kammerpielen, die einzig in ihrer Art dastehen. Es dürfte wohl kaum für den geringen Preis von 1,— Mark pro Vorstellung anderswo die Möglichkeit des Theaterbesuches bestehen. Die Volksbühne erfüllt damit eine ihrer Hauptaufgaben, jedem einige wertvolle Theaterabende zu vermitteln und hofft, mit den Kammerpielen auf dem richtigen Wege zur Erreichung ihrer Ziele zu sein. Es gelangen Werke von Ibsen, Gogol, Moreto, Zuida und ein noch zu bestimmendes Werk zur Aufführung. Niemand sollte veräumen, die Kammerpiele im Thalia-theater zu belegen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Freda Marie Gräfin zu Dohna; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Sämtlich in Halle. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

Der gesamten Auflage dieses Blattes liegt ein Walter Rathenau-Prospekt des Verlages S. Fischer, Berlin, bei.

Haarkranke Frauen und Männer,

die an Ausfall der Kopfhare, Haarspalt, sogen. Haarfraß, Schuppen, Schuppen usw. leiden, wenden sich unter kurzer Beschreibung des Zustandes vertrauensvoll an Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburg-N., und senden gleichzeitig einige ausgekämmte Haare zur kostenlosen mikroskopischen Untersuchung ein. Auf Grund des wissenschaftlichen Befundes erhalten die Interessenten **fachmännische Auskunft** darüber, wie und mit welchen Mitteln das Haar rationell gepflegt werden muß, um einem weiteren Haarverlust vorzubeugen, und um ein gesünderes, glänzendes Haar zu bekommen. Das Angebot gilt nur für kurze Zeit. Schreiben sie deshalb heute noch.

Bei Unregelmäßigkeiten

in der Zustellung des „Politischen Wegweiser“ bitten wir unsere Leser, sich sofort an das zuständige Postamt zu wenden und bei diesem ihre Beschwerde vorzubringen.

Handschuhe

Enorm billiges Spezial-Angebot
Glacelieder 3.75 la. Nappaleder 4.50
la Nappa Wollgefüttert 6.90
Echt Wildleder 7.90 Ziegenl. Stepper 6.50
Spezialgeschäft

Fleischhacker

Leipziger Strasse 14 -:- Gegenüber Café Zorn.

Herren-Hüte
moderne Farben
9.50 8.50 6.50 5.95

Herren-Club-Mützen
4.75 3.95 2.95

Sportmützen
2.50 1.95 1.45

Moritz Rosewitz
Halle-S., Steinweg 7.

Halle-S., Kl. Berlin 2.

Wir sind das Haus für Alle

Wir führen nur beste Qualitäten zu billigsten Preisen in größter Auswahl. Diese drei Merkmale sind mit unserem Namen un-
- - - änderlich verbunden - - -

Nußbaum

Halle a. S. Das Haus der Qualitätswaren und billigen Preise Gr. Ulrichstr. 60-61

Öeffentliche Versammlung

Donnerstag, den 17. September, abends 8 Uhr (Wintergarten-Saal)

Kapitän z. S. a. D. Persius

„Vom kaiserlichen Seeoffizier zum Pazifisten und Republikaner“

Deutsche Friedensgesellschaft e. V.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Deutsche Liga für Menschenrechte.
Jungdemokraten. Jungsozialisten.
Republikanische Freischar. Republikanischer Frauenbund.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
Reichsbund der Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen.

Zwei wichtige

Werbt neue Abonnenten!
Gebt Adressen für kostenlose Probefieferungen auf!

Drucklachen

für jeden Bedarf liefern wir schnell, sauber und preiswert
Allg. Zeitung, Delitzsch
Halle'sche Straße 1

